



Protokoll
Gremium: 10. Ortschaftsratsitzung
19. Mai 2020, Uhrzeit: 19 Uhr bis 21:50 Uhr
öffentlich
Ort: Musiksaal der Heinz-Barth-Grundschule Wettersbach,
Esslinger Straße 2, 76228 Karlsruhe
Vorsitzender: Rainer Frank, Ortsvorsteher
Protokollführer: Eugen Dürr

Zahl der anwesenden Ortschaftsräte: 15 (Normalzahl: 16)

Namen der anwesenden Ortschaftsräte:

Frau Beese, Annette	(a)	Frau Raviol, Beatrix	(a)
Herr Brenk, Marcus	(a)	Herr Schmidt-Gahlen, Mathias	(a)
Herr Goldschmidt, Rafael	(a)	Frau Seliger, Ursula	(a)
Herr Hepperle, Peter	(a)	Herr Stech, Hartmut	(a)
Frau Hock, Sieglinde	(a)	Frau Dr. Trautwein, Britta	(a)
Herr John, Otmar	(a)	Frau Vogts, Regina	(e)
Herr Jourdan, Roland	(a)	Herr Weber, Sebastian	(a)
Herr Pfannkuch, Tilman	(a)	Herr Wirtz, Paul	(a)

Sonstige Teilnehmer:

- Herr Dirk Vogeley, Energie- und Klimaschutzagentur (KEK)
- Frau Yasmin Yekini, Energie- und Klimaschutzagentur (KEK)
- Herr Grimm, Energie- und Klimaschutzagentur (KEK)
- Herr Klaus Albrecht, Rektor Heinz-Barth-Schule

Nach der Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende fest, dass

¹ zu dieser Sitzung am 11.05.2020 ordnungsgemäß eingeladen wurde,

² die Tagesordnung für den öffentlichen Teil am 15.05.2020 in der Stadtzeitung und am 14.05.2020 durch den im Wettersbacher Anzeiger ortsüblich bekannt gemacht wurde.

³ der Ortschaftsrat beschlussfähig ist.

(k) = krank, (v) = verhindert, (u) = unentschuldigt (e) = entschuldigt

Verlaufsprotokoll der 10. öffentlichen Sitzung des Ortschaftsrates Wettersbach am 19.05.2020 zu

Um die Sicherheitsvorgaben im Besonderen die Abstandsregelungen aufgrund der Corona-Pandemie einzuhalten, muss die Sitzung im Musiksaal der Heinz-Barth-Schule stattfinden.

Zu Beginn der Sitzung, nach Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit, erläutert Herr Ortsvorsteher Rainer Frank die Verlegungsgründe und dankt der Schulleitung für das Herrichten des Raumes mit den notwendigen Sicherheitseinrichtungen.

TOP 1 Machbarkeitsstudie zur Nahwärmeversorgung Wettersbach

Um die Sitzungsdauer möglichst kurz zu halten, verzichtet Herr Ortsvorsteher Rainer Frank auf eine Einleitung und bedankt sich beim Leiter der Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur (KEK) Herrn Vogeley und seine Mitarbeitenden für die Machbarkeitsstudie.

Nach den Ausführungen von Herrn Vogeley könnte für die Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur (KEK) die Nahwärmeversorgung ein Vorbildprojekt sein, um die vom Gemeinderat beschlossene Reduzierung der CO₂-Emissionen zu erreichen. Untersucht wurden in der Machbarkeitsstudie 2 Varianten, die Frau Yekini -KEK- vorstellt.

Betrachtet wurde in der Studie ein Hoch- und ein Niedertemperaturnetz. Beide Netze haben den Fokus auf die Nutzung erneuerbarer Energien, zum einen Solarthermie und Holz, zum anderen Erdwärmesonden und Gebäudewärmepumpen. In einem ausführlichen Bericht werden die verschiedenen Kennzahlen und Kennwerte der beiden Netze, anhand von Präsentationsfolien, auch im Vergleich untereinander, dargestellt. Beispiele hierfür sind: der Flächenverbrauch, die Wärmeverluste, die Wirtschaftlichkeit und die Emissionswerte.

Da die Werte nicht wesentlich auseinander liegen, wäre für einen Investor vermutlich der Vergleich der Wärmeverluste der wirtschaftlichste Gesichtspunkt, so das Fazit von Herrn Vogeley. Überraschend ist auch für die Ersteller der Studie, dass bereits bei einer Anschlussquote von 55 Prozent ein mit ca. 13 Cent pro kWh günstiges Betriebskostenergebnis ermittelt wurde. Die Wirtschaftlichkeit steigt hierbei mit zunehmenden Anschlusszahlen. Nicht erwartet wurde auch, dass das Niedertemperaturnetz ökonomisch wie ökologisch etwas besser abschneidet.

Mit der wissenschaftlichen Betrachtung ist der Auftrag an KEK erledigt. Als Fazit bleibt, ein für die Bürger interessantes Angebot, mit dem Anreiz, für sanierungsbedürftige Gebäude, bei energetischen Investitionen die notwendige Wärmepumpe einzusparen. Nun gilt es einen Investor und Betreiber zu finden, der auch die Interessen der Bürger vertritt.

Herr Ortsvorsteher Rainer Frank bedankt sich für den ausführlichen Vortrag. Die Machbarkeitsstudie ist als Grundlage notwendig, um einen Betreiber und Investor zu finden, der mit entsprechenden Angeboten auf die Bürger zugeht.

Die anschließenden Fragen aus dem Ortschaftsrat beziehen sich auf die Untersuchung weiterer Versorgungssysteme, aber auch auf den Flächenverbrauch für die Landwirtschaft (Frau Ortschaftsrätin Dr. Trautwein) und auf die Erreichbarkeit der Anschlussquote von 55 Prozent zumal trotz hohem Sanierungsstau allgemein die Sanierungsrate auch mit KfW-Darlehen eher zurückhaltend ist (Herr Ortschaftsrat Wirtz).

Weitere Fragen waren der Anschluss von Energie-Großabnehmern, beispielsweise der künftige Nahversorger, um die Versorgungsquote frühzeitig zu erreichen und die Einbindung künftiger Baugebiete (Herr Ortschaftsrat Bessler).

Für die Klimaagentur führen Frau Yekini und Herr Grimm hierzu aus, dass ein zentrales Wärmenetz gegenüber Einzelsysteme grundsätzliche Vorteile hat, beispielsweise in der Aufheizung, auch reduziert der Zusammenschluss die Anlagengröße und ein möglicher Investor hätte sich mit einer Vielzahl von Eigentümern auseinander zu setzen. Ein Flächenverbrauch lässt sich auch bei vertikaler Anordnung nicht vermeiden, auch würde die Energieernte bei Unterbringung auf den Dächern nicht ausreichen. Die landwirtschaftliche Nutzung geht verloren, die Ökologie bleibt unter den Anlagen jedoch erhalten, so dass Photovoltaik-Anlagen durchaus mit Ökopunkten belegt werden. Die Wirtschaftlichkeit der Anlage ist von der Wärmedichte abhängig, mit möglichst geringen Leitungswegen. Erfasst werden 132 Gebäude im Kerngebiet. Die Anbindung möglicher Großabnehmer wurde geprüft, jedoch würden die Leistungsverluste aus den benötigten Leitungswegen die Amortisation verschlechtern. Auch wurde der Anschluss des Kerngebiets des Stadtteiles Palmbach geprüft. Selbst bei Anbindung über das Seniorenzentrum ergibt sich auch hier keine Wirtschaftlichkeit. Der Versorgungszirkel wurde nach einem geeigneten Verhältnis von Leitungsnetz und Versorgungsbereich gewählt. Wie aus der Karte ersichtlich, ergibt sich aus der dichten Bebauung eine Wärmekonzentration auf kleiner Fläche mit kurzen Leitungsführungen.

Herr Ortschaftsrat Hepperle verweist auf den politischen Willen zur CO₂-Reduzierung sowohl beim Verkehr als auch bei der Wärmeversorgung von Gebäuden. Die Einsicht, dass ein eigenes Engagement erforderlich ist, sieht er in Zusammenhang mit dem Erreichen der Quote von 55 Prozent und zieht die Parallele zum bisher geringen Interesse im Sanierungsgebiet.

Hinsichtlich der grundsätzlichen Zurückhaltung bei den Sanierungen sieht Herr Ortsvorsteher Rainer Frank die Möglichkeit, neben dem Anreiz Kosten für Wärmepumpen einzusparen, Synergieeffekte mit den Maßnahmen zum Sanierungsgebiet Grünwettersbach zu erreichen. Weitere Energieberatungen werden durch die Verlängerung des Vertrages mit dem Quartiersmanager möglich.

Auf die hierauf folgenden verschiedenen Nachfragen von Frau Ortschaftsrätin Dr. Trautwein zur Versorgungskarte, der Anschlussmöglichkeit für beide Stadtteile gegebenenfalls auch getrennt und zur Ermittlung der Wärmebedarfe und Anschlussvoraussetzungen erhält sie folgende Informationen der KEK:

Die CO₂-Reduzierung ist gewollt, Stichwort CO₂-neutrales Wettersbach, daher macht es Sinn möglichst viele Gebäude anzuschließen. Mit den notwendigen Datendetails wurde aus dem Sanierungskonzept eine Wärmebedarfskarte und hieraus die Wärmedichte ermittelt. Die weiteren Bereiche wurden nach Kennwerten ausgewählt. Der Wärmebedarf berücksichtigt sowohl die Gebäudedichte als auch den Sanierungsbedarf. Dynamische Veränderungen sind dabei möglich, wodurch weitere Straßen einbezogen werden können. Zu berücksichtigen ist auch, dass mit zunehmender Sanierung auch der Energiebedarf sinkt. Zur Energieversorgung ist ein Hausanschluss notwendig. Bei Gebäuden mit Hochtemperaturheizung zusätzlich eine Wärmepumpe. Die Kosten je Gebäude wurden in einer Mischkalkulation aus Erdarbeiten und Wärmepumpe ermittelt. Zu berücksichtigen ist hierbei noch die Leitungslänge auf dem jeweiligen Gelände.

Auf die Anmerkung von Herrn Ortschaftsrat Wirtz, dass ein Anschlusszwang für den Bereich des Gewerbegebietes Palmbach, nach dem Beispiel der Stadt München, für einen Investor hilfreich sein könnte, teil Herr Vogeley mit, dass eine derartige Vorgabe als hoheitliche Maßnahme unter dem Hintergrund der Klimaziele im Kontext mit einer CO₂ neutralen Bauleitplanung bereits diskutiert wird.

Frau Ortschaftsrätin Seliger interessiert die Möglichkeit der Anbindung des Neubaugebietes Esslinger-/Heidenheimer Straße. Sie verweist auf die zunehmende Bedeutung landwirtschaftlicher Flächen aufgrund der Corona-Pandemie für Arzneimittelrohstoffe und die Problemstellung des Privateigentums der benötigten Flächen.

Bei der vorgelegten Studie handelt es sich um eine Momentaufnahme, auf Grundlage der vorhandenen Daten aus November 2018, die Entwicklung der Planungsgebiete ist daher nicht eingeflossen, so die Rückmeldung der KEK. Die Anbindung von Neubaugebieten wird dennoch ohne größere technische Maßnahmen als möglich angesehen, da neue Gebäude durch den hohen energetischen Standard nur geringe Wärmebedarfe haben. Die Vertragsverhandlungen mit den Privateigentümern der Flächen sind eingeleitet. Da viele Eigentümer zu gewinnen sind, gestaltet sich dies in Wettersbach schwieriger als normalerweise. Dennoch besteht die Zuversicht durch den Beitrag zur lokalen Energieversorgung und einem möglichen finanziellen Ausgleich die Eigentümer für das Projekt zu gewinnen. Da es keine Alternativfläche gibt, ist die Überzeugung der Eigentümer für die Umsetzung notwendig. Die Vorteile des Projekts liegen in den günstigen Baukosten und dem damit verbundenen Anreiz eines günstigen Energiepreises. Gleichzeitig ist die Anlage für den Artenschutz und die Ökologie günstig, da der Bewuchs unter den Anlagen kaum beeinträchtigt wird.

Hiernach gibt es keine weiteren Nachfragen.

Verlaufsprotokoll der 10. öffentlichen Sitzung des Ortschaftsrates Wettersbach am 19.05.2020 zu

TOP 2 Informationen zur Corona-Krise

TOP 2.1 Maßnahmen und Auswirkungen in öffentlichen Einrichtungen von Wettersbach

In der Einführung teilt Herr Ortsvorsteher Frank mit, dass der TOP sich in die 3 Bereiche Heinz-Barth-Schule, Kita Wettersbach und Rathaus gliedert. Die Maßnahmen und Auswirkungen für die Heinz-Barth-Schule werden durch den Schulrektor, Herrn Albrecht, vorgestellt, der in Kooperation mit der Ortsverwaltung ein ausgereiftes Konzept entwickelt hat. Auf die weiteren Einrichtungen geht Herr Ortsvorsteher Rainer Frank näher ein.

Der Schulrektor führt aus, dass bei allen Maßnahmen und Planungen stets die Schulkinder im Mittelpunkt stehen und diese vom Grundsatz Transparenz schafft Vertrauen geprägt sind. Die komplexen Strukturen und Maßnahmen einer Schule stellt er in Aufteilung auf verschiedene Ebenen vor. Zum einen die operative Ebene mit den Hygiene- und Organisationsstrategien, zum anderen die informelle Ebene mit der Vielzahl von Abstimmungen zwischen dem Kollegium, der Ortsverwaltung, dem Elternbeirat und den Eltern. Aus den vielen Aspekten seines Vortrages ist festzuhalten, dass die Schulleitung im Benehmen mit der Ortsverwaltung als Schulträger und dem Elternbeirat bereits früh angefangen hat, sich in Hygiene-, Raum- und Zeitplänen konzeptionell aufzustellen. Dadurch war es möglich die dynamischen Prozesse, die ständigen Veränderungen, aktuell zu berücksichtigen, die Eltern frühzeitig zu informieren und auch bei den Notbetreuungen kurzfristig zu reagieren. Der beginnende Präsenzunterricht bei zeitgleicher Notbetreuung profitiert von der Planung, die mit den bisher guten Erfahrungen aus dem aktuellen Unterricht der 4. Klassen fortgeschrieben wird und damit bis zu den Sommerferien Bestand haben soll. Wichtig war es dem Rektor den Gleichheitsgrundsatz herauszustellen, dass trotz unterschiedlicher familiärer Ausstattung jedes Kind die gleiche Förderung erhält. Bei Bedarf wurden die digitalen Angebote mit konventionellen Unterrichtsmaterialien ergänzt.

Herr Ortschaftsratsrat Schmidt-Gahlen lobt auch aus Sicht des Elternbeirates die günstigen Voraussetzungen der Heinz-Barth-Schule. Durch die frühzeitigen Abstimmungen, bei denen sich die Schulleitung auch am Wochenende engagiert hat, konnten die diversen Variablen berücksichtigt werden. Hervorzuheben ist auch der Zusammenhalt aller am Schulleben Beteiligten, den auch der Schulbeirat Karlsruhe anerkennt.

Im Vortrag zeigt sich für Herrn Ortschaftsratsrat Hepperle, wie differenziert mit vielen Kleinigkeiten, die beachtet werden müssen, das Schulleben ist und welches ausgeklügelte System erarbeitet wurde. Da aktuell das Homeschooling kontrovers diskutiert wird, interessiert ihn wie der Unterricht an der Heinz-Barth-Schule stattfindet.

Herr Albrecht berichtet als Schulleiter von der Vielschichtigkeit der daraus resultierenden Problemstellungen. Profitiert habe die Schule von der bereits bestehenden digitalen Ausstattung. Schwieriger gestaltete es sich eine geeignete Software-Plattform mit ausreichender Bandbreite zu finden. Die Videokonferenzen waren geeignet für den

Kontakt unter den Schülern und mit den Lehrern, aber auch als Möglichkeit des Elterngespräches. Die fehlende Erfahrung und unzureichende Einheitlichkeit der Systeme wurden durch ein hohes Engagement der Lehrer ausgeglichen. Die ausgegebenen Arbeitsblätter entlasten die Eltern, wobei sich die Lernkontrolle als schwierig und zeitaufwendig gestaltet.

Nachdem es hierauf keine weiteren Wortmeldungen gibt, fasst Herr Ortsvorsteher Rainer Frank für die Kindertagesstätte zusammen, dass dort die gleichen Voraussetzungen, z. B. der zeitlichen Vorgaben, wie für die Schule gegeben waren. Auch wenn die Notbetreuung und die Planungen umgesetzt sind, ist es nicht möglich in den Betrieb so einzusteigen, wie die Schule. Schon aus dem Alter der Kinder ergeben sich erhebliche Unterschiede. Die Eckwerte für einen Betrieb mit 50 Prozent der Kinder und dem Ziel allen Familien in einem rollierenden System eine Betreuung anzubieten, wurden erst am vergangenen Samstag durch die Landesregierung verabschiedet. Für die Umsetzung wird aber Zeit benötigt, insofern informiert die Sozial- und Jugendbehörde (SJB) über einen Elternbrief in den nächsten Tagen. Das Ziel eines rollierenden Systems mit akzeptablen Betreuungszeiten, bei gleichzeitiger Vorgabe einer festen Betreuungszuordnung und festen Gruppen und den Personalvorgaben ist schwer umsetzbar. Schließlich steht auch durch den Schutz der Risikogruppen nicht der volle Personalstand zur Verfügung. Derzeit wird ein Konzept zum Schutz der Kinder und Erzieherinnen erarbeitet, das nach einem Kriterienkatalog neben der Notbetreuung Kinder mit einem Förderbedarf berücksichtigt.

Über die Maßnahmen bezüglich der Wertstoffstation und dem Bauhof wurde regelmäßig ausführlich im Wettersbacher Anzeiger berichtet, so dass auf nähere Ausführungen verzichtet wird. Wie dem Gremium in der Vorlage dargelegt, wurden für den Bauhof beispielsweise versetzte Arbeits- und Pausenzeiten eingeführt. Die Wertstoffstation war auf Beschluss des Amtes für Abfallwirtschaft zeitweise geschlossen und wird seit 08.04.2020 wieder, jedoch mit 2 Mitarbeitenden, betrieben. Die Schutzmaßnahmen und die daraus folgenden Wartezeiten vor der Station, waren anfangs von der Bevölkerung wenig akzeptiert, was zu erheblichen Konflikten, bis hin zur Notwendigkeit von zusätzlichen Security-Kräften geführt hat.

Im Rathaus Wettersbach wurden, wie in der gesamten Stadtverwaltung, ab 17.03.2020 in einem Notbetrieb nur wirkliche Notfälle bearbeitet. Die Zeit wurde zur Umorganisation genutzt, um ab 30.03.2020 einen Basisbetrieb anzubieten, der zum Schutze der Mitarbeitenden und Bürger, die Abstands- und Hygieneregeln berücksichtigt. Die Maßnahmen mussten auch die Besetzung der Büros berücksichtigen. Hier werden die Sicherheitsvorgaben durch Nutzung aller Räume einschließlich des Bürgersaales, durch zeitliche Präsenzeinteilung und Homeoffice eingehalten. Da nur ein Ein- und Ausgang im Rathaus zur Verfügung steht, werden die Serviceleistungen im Basisbetrieb nur nach Terminvereinbarung angeboten. Dadurch können auch nahezu alle Leistungen angeboten werden. Derzeit bereitet man sich auf die Umstellung in einen Normalbetrieb vor. Jedoch kann und wird dieser nicht wie vor der Pandemie organisiert sein. Ziel ist es mit einem verstärkten Backoffice die Kundenkontakte und Kontaktflächen zu verringern und mit einem Servicedesk eine Kontaktstelle zu Sprechzeiten anzubieten.

Nach diesen Ausführungen gibt es keine Fragen.

Verlaufsprotokoll der 10. öffentlichen Sitzung des Ortschaftsrates Wettersbach am 19.05.2020 zu

TOP 2.2 Auswirkungen auf den Teilhaushalt Wettersbach

Im Hinblick auf die ausführliche Zusammenstellung in der Vorlage wird auf weitere Ausführungen verzichtet. Für den aktuellen Haushalt 2020 sind noch keine Kürzungen beschlossen, ob und inwieweit dies so bleibt, ist abzuwarten. Für den kommenden Haushalt wurde bereits durch den Gemeinderat entschieden, dass kein Doppelhaushalt sondern nur ein Haushalt für das Jahr 2021 aufgestellt wird, um auf die wirtschaftliche Entwicklung besser reagieren zu können.

Die Ortschaftsräte nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Verlaufsprotokoll der 10. öffentlichen Sitzung des Ortschaftsrates Wettersbach am 19.05.2020 zu

TOP 3 Zusätzlicher Vereinsraum für die Harmonie Palmbach Antrag der BFW-Ortschaftsratsfraktion Wettersbach vom 20.01.2020

Frau Ortschaftsrätin Seliger teilt mit, dass der Antrag unter dem Hintergrund gestellt wurde, da sich Vorstandsmitglieder des Gesangvereines an die Fraktion gewandt hatten, über die Raumprobleme sowie einen fehlenden Wartebereich für Eltern.

Die Situation ist seit Jahren immer wieder Thema, so die Antwort von Herrn Ortsvorsteher Frank. Auch andere Vereine wünschen sich mehr Räumlichkeiten, leider gibt es schlichtweg keine freien Räume. Es kann daher immer wieder nur eine temporäre Nutzung angeboten werden. Hierzu gehört auch das Foyer der Waldenschule, dass auch schon verschiedentlich genutzt wurde. Mit Blick in die Zukunft werden durch die Corona-Pandemie künftig die Raumprobleme zunehmen. Beispielsweise wird unter den gegebenen Abstandsvorgaben auch eine Musik-/Chorprobe im Kulturtreff der Schule kaum möglich sein. Die Abstandsregeln machen stadtwweit nicht nur für die Gesangvereine größere Raumkapazitäten notwendig.

Der Antrag ist damit nach Mitteilung von Frau Ortschaftsrätin Seliger erledigt.

Um den Ratsmitgliedern, die erstmalig in das Gremium gewählt wurden, eine Ortskenntnis zu ermöglichen, wird auf Anregung von Herrn Ortschaftsrat Jourdan vereinbart, dass der Bauausschuss eine Begehung durchführt. Die Möglichkeit der Aufstellung eines Regales zur Aktenablage, wie in den Details des Vorganges gewünscht, wird geprüft.

Frau Ortschaftsrätin Raviol teilt, in Personalunion als Vereinsmitglied, mit, dass auch durch ihre Fraktion bereits Gespräche mit der Ortsverwaltung stattgefunden haben. Hinsichtlich des coronabedingten Raumbedarfs ist der Gesangverein schon aktiv geworden.

**Verlaufsprotokoll der 10. öffentlichen Sitzung des Ortschaftsrates Wettersbach
am 19.05.2020 zu**

**TOP 4 Überprüfung der öffentlichen Gehwege in Wettersbach im Bezug
auf ihre Barrierefreiheit
Antrag der BFW-Ortschaftsratsfraktion Wettersbach
vom 20.01.2020**

In der Antwort der Verwaltung weist Herr Ortsvorsteher Rainer Frank hin, dass ein Komplettumbau auf einmal nicht möglich ist. Im Zuge der Straßenerneuerung wird daher jeweils die Barrierefreiheit berücksichtigt. Bei Neubauten ist die Barrierefreiheit bereits Standard.

Mit dieser Antwort ist die Fraktion zufrieden. Herr Ortschaftsrat Stech ergänzt, dass die Barrierefreiheit nicht nur für Menschen mit Handicap notwendig ist, sondern auch für andere Bevölkerungsgruppen, wie zum Beispiel Mütter mit Kinderwagen.

Verlaufsprotokoll der 10. öffentlichen Sitzung des Ortschaftsrates Wettersbach am 19.05.2020 zu

**TOP 5 Aufstellung einer Packstation, sowie eines Briefmarkenautomaten
Antrag der BFW-Ortschaftsratsfraktion Wettersbach Wettersbach
vom 20.01.2020**

**TOP 6 Personal Postfiliale
Antrag der SPD-Ortschaftsratsfraktion Wettersbach
vom 02.02.2020**

Die Punkte werden aufgrund ihres sachlichen Zusammenhanges gemeinsam aufgerufen.

Hinsichtlich der Packstation sieht Herr Ortschaftsrat Weber eine Ergänzung zur Postfiliale. Er bedankt sich für die ausführliche Antwort in der Stellungnahme. Auf die von der Deutschen Post AG dargestellten Standortvoraussetzungen, fragt er nach, wohin Vorschläge zu richten sind, da einige Ideen weitergegeben werden sollen.

Die Prüfung hat zunächst nach öffentlich-rechtlichen Gesichtspunkten, beispielsweise Bau- und Verkehrsrecht, durch die städtischen Fachämter zu erfolgen, so die Antwort von Herrn Ortsvorsteher Frank. In einer 2. Stufe würde dann die Wirtschaftlichkeit durch die Post geprüft. Bisher konnte seitens der Verwaltung kein geeigneter Standort ermittelt werden.

Herr Ortschaftsrat Hepperle sieht für die SPD-Ortschaftsratsfraktion die Errichtung einer Packstation eher skeptisch. Es besteht die Gefahr, dass die Post ihren Versorgungsauftrag auf die Station umlegt und dabei sich aus dem Betrieb der Postfiliale zurückzieht. Daher auch der Antrag zur Personalsituation, um der Post ein Signal zu geben, dass der Bedarf an Beratung in einer Filiale, eventuell auch im neuen Nahversorgungsmarkt, gegeben ist. Seitens der SPD-Ortschaftsratsfraktion wird daher der Antrag abgelehnt und die Verwaltung aufgefordert auf den Erhalt des Postbetriebes zu achten.

Auch die Ortschaftsräte Herr Bessler und Herr Jourdan sehen keinen geeigneten Standort, auch ist für sie unter dem Hintergrund einer Postfiliale im neuen Versorgungszentrum, die persönliche Dienstleistung wichtiger. Es wäre im Ortschaftsrat zu entscheiden, ob der Wille für eine Packstation besteht.

Herr Ortschaftsrat Weber sieht eher eine Stärkung der Postfiliale durch die Packstation, da in der Bevölkerung vielschichtige Wege der Dienstleistung auch außerhalb der Öffnungszeiten gewünscht werden. Dennoch ist der Mehrheitsbeschluss für ihn nachvollziehbar.

Herr Ortsvorsteher Frank, fasst zusammen, dass auf eine förmliche Abstimmung verzichtet wird. Auch für ihn ist nicht vorstellbar, dass nach der Größe von Wettersbach die Post eine Filiale und eine Station gleichzeitig betreibt. Verhandlungen mit dem Investor des Versorgungsmarktes berücksichtigen die Personalabdeckung einer

Postfiliale, jedoch ist zu berücksichtigen, dass die Post ein kostenorientiertes Unternehmen ist.

Die Anträge sind damit ohne Abstimmung erledigt.

**Verlaufsprotokoll der 10. öffentlichen Sitzung des Ortschaftsrates Wettersbach
am 19.05.2020 zu**

TOP 7 Mitteilungen der Ortsverwaltung

Keine.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Stadt Karlsruhe

- Ortsverwaltung Wettersbach -

Niederschrift Nr. 10

über die

öffentliche Sitzung des Ortschaftsrates Karlsruhe-Wettersbach
am Dienstag, 19. Mai 2020 im Musiksaal der Heinz-Barth-Schule Wettersbach,
Esslinger Straße 2, 76228 Karlsruhe.

Der Ortschaftsrat

Roland Jourdan

Peter Hepperle

Ursula Seliger

Rafael Goldschmidt

**Schriftführer
Datum**

**Ortsvorsteher
Datum**

Eugen Dürr

Rainer Frank